

Vom Legalisierungsgegner zum Befürworter: Warum das Buch von BaZ-Redaktor Mischa Hauswirth überzeugt

Plädoyer gegen die Hanf-Verschwörung

Von Christian Keller

Im Sinne der Transparenz einleitend ein Geständnis: Selbstverständlich habe ich in den pubertären Gymnasialjahren klopffenden Herzens mehrmals am Glimmstängel des verbotenen «Teufelkrauts» gezogen. Aus purer Neugierde und vom Abenteuer gekitzelt, durch «Bullen» erwischt werden zu können. Koks oder anderer harter Stoff kamen nie infrage. Ein Trottel, wer sich damit kaputt machte. Aber die «weiche» Droge Cannabis? Die Grenzerfahrung musste gemacht werden, wohl gerade deshalb, weil sie untersagt war.

Dennoch gehörte ich 2008 zu den 63 Prozent der Stimmbürger, welche die eidgenössische Volksinitiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» verwarfen und Legalisierungsstränge wie in Holland beerdigten. Ich erlebte manchen gleichaltrigen Kettenraucher-Kiffer als chronisch benebelt, unkonzentriert und leicht verwahrlost, was mich abschreckte. Und politisch stand ich mit den Lebensidealen der Hanfbrüder und -schwester (Jahrelang an der Uni rumhängen/keinen Militärdienst leisten/Ja zum EU-Beitritt) ohnehin auf Kriegsfuss. Darum legte ich ein überzeugtes Nein in die Urne.

Bisher sah ich keinen Anlass, diese zugegebenermassen wenig reflektierte – Haltung zu hinterfragen. Doch unlängst hat BaZ-Kollege Mischa Hauswirth ein Buch zum Thema geschrieben, nach dessen Lektüre sich die



Legalize it. Cannabis-Konsumenten feiern in Seattle die Hanflegalisierung, die der US-Bundesstaat Washington im November 2012 beschlossen hatte. Foto Keystone

eigene Position nicht mehr halten lässt. «Der Cannabis-Irrsinn. Warum uns das Verbot schadet», heisst das Werk, ausgerechnet verfasst von einem rechtsliberalen Journalisten, der für gewöhnlich nach umstrittenen Einsätzen auf der Seite der Polizei steht.

Hauswirth ist kein Linker, er dreht nach Feierabend keine Joints, und doch will er den Konsum von Cannabis von der Strafe befreien. Ein bemerkenswerter Umstand. Der Riehener ist nicht Lobbyist in eigener Sache. Er will eine gescheiterte Drogenpolitik korrigieren, die den Steuerzahler teuer,

sehr teuer zu stehen kommt und keine Wirkung zeigt. Eine Drogenpolitik, die – so die Hauptthese des Autors – fatalerweise den Kriminellen erst goldige Geschäfte ermöglicht. Je stärker die Repression, desto blühender der Schwarzmarkt. Denn Tatsache ist: Noch nie gab es so viel Marihuana in Europa. Gemäss einer Studie der Uni Mailand werden jährlich sieben Milliarden Euro mit Cannabis umgesetzt. Ein Big Business.

200 Millionen Franken steckt die Schweiz pro Jahr in die Bekämpfung der boomenden Hanfdealerei. Geld,

das man gleich in den Rhein werfen könnte. «Nicht nur, dass die Schweiz somit ein Modell unterhält, das die organisierte Kriminalität fördert und die Jugendlichen in keiner Weise vom Kiffen abhält», ärgert sich Hauswirth. Besorgniserregend: Auch Terroristen gehören zu den Profiteuren des jetzigen Regimes. «Cannabishandel als Geldquelle für Terrororganisationen ist (...) kein Schreckgespenst von Legalisierungs-Propagandisten, sondern Realität, in Europa sowie in anderen Ecken der Welt.»

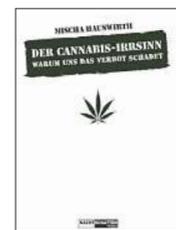
Dass es so nicht weitergehen kann, wird rasch klar. Hauswirth deckt den Leser mit einer Fülle von Fakten ein, er führt ihn in Gerichtssäle, wo sich schauerlich Absurdes zuträgt. Da wird eine Lehrerin in Nordbayern zu 700 Euro Busse verdonnert, weil ihr 0,01 Gramm Marihuana nachgewiesen wurde. Nur ein Beispiel von vielen.

Hanf: Vergessenes Kulturgut

Das Buch ist nicht nur ein leidenschaftliches Plädoyer für eine Kehrtwende. Es macht deutlich, wie Hanf bis Mitte des letzten Jahrhunderts als Nutz- und auch Heilpflanze weit verbreitet und unumstritten war. Wir erfahren von der «Sibirischen Prinzessin», gestorben vor 2500 Jahren an Brustkrebs, in deren Grab Forscher ein Gefäss mit Cannabis fanden. Bereits damals glaubten die Menschen, was Wissenschaftler nun herausfanden: Dass die Inhaltsstoffe von Hanf den Krebs hemmen können.

Erst mit der «Hanf-Verschwörung», angezettelt durch Harry J. Anslinger, dem Leiter der Anti-Drogenbehörde in den USA, fiel das Kulturgut weltweit in Ungnade. Der Marihuana-Jäger, Erzfeind von FBI-Gründer J. Edgar Hoover, dämonisierte Cannabis als gefährliche Einstiegsdroge. Hauswirth widerlegt diese verbreitete Annahme mit viel Statistik glaubwürdig. Das heisst jedoch nicht, dass die gesundheitsschädigenden Risiken schöngeredet werden. Im Vergleich zu Alkohol fallen sie bei Hanf aber deutlich geringer aus.

Wie die Legalisierung umgesetzt und der Jugendschutz gewährleistet werden kann, lässt das Buch offen. Beschrieben werden diverse Szenarien. Die meisten lassen mehr Bürokratie befürchten, da Kontrollen – etwa beim Eigenanbau – unumgänglich sind. Zwei Argumente überzeugen mich allerdings, den Versuch zu wagen: Erstens ist in jenen Ländern, welche Cannabis legalisiert haben, der Konsum nicht angestiegen. Und zweitens flossen mit der geänderten Politik Hunderte Millionen in die Staatskassen – und nicht mehr auf die Konti der Drogenkartelle.



Mischa Hauswirth: **Der Cannabis-Irrsinn. Warum uns das Verbot schadet.** Nachtschatten Verlag, 189 Seiten, 29.80 Franken.

Umdenken beim Schutz

10 Jahre nach dem Hochwasser

Bern. Sechs Tote, Tausende Evakuierte, unterbrochene Verkehrswege und Schäden in der Höhe von drei Milliarden Franken: Kräftiger, lang anhaltender Regen führte in der Schweiz vor zehn Jahren zu einem Jahrhundert-Hochwasser. Die Folgen der Niederschläge waren verheerend: Bäche, Flüsse und Seen traten über die Ufer, Hänge gerieten ins Rutschen und verschütteten Häuser, Strassen und Bahngleise. Viele Orte, darunter Engelberg, blieben für Tage von der Umwelt abgeschnitten. Mehr als 5000 Rutschungen und Hangmuren wurden dokumentiert.

«Die Warnung kam zu spät und war zu unpräzise», erinnert sich der heutige Bafu-Vizedirektor Josef Hess, der damals Mitglied des kantonalen Führungsstabes Obwalden war. «Uns lief das Wasser schon zu den Stiefeln herein, als diese erste Warnung kam.» Im Nachgang zum Hochwasser 2005 ergriffen die Behörden verschiedenste Massnahmen, um gegen das nächste Hochwasser besser gewappnet zu sein. Mess- und Alarmsystem wurden verbessert und zahlreiche bauliche Massnahmen in Angriff genommen.

«Jedes Hochwasser, das sich heute ereignet, könnte es auch ohne die Klimaerwärmung geben», so Christoph Hegg, stellvertretender Direktor der Forschungsanstalt WSL. «Es gibt keine obere Grenze bei Naturgefahren.» SDA

Dialog mit Eritrea unmöglich

Kritik von Migrationsbotschafter

Bern. Die Schweiz sucht das Gespräch mit Eritrea. Doch weder ein Migrationsdialog noch ein Neubeginn der Entwicklungszusammenarbeit ist derzeit möglich, wie Eduard Gnesa, Sonderbotschafter Migration, am Samstag in einem Interview mit dem *Tages-Anzeiger* sagte. Eritrea sei nicht bereit dazu; bis jetzt fehlten die nötigen Garantien. «Sie können kein Rückübernahmeabkommen mit einem Land schliessen, wenn Sie nicht wissen, was mit den Leuten nach der Rückkehr in ihre Heimat passiert.» Die Situation in Eritrea bezeichnete Gnesa als desaströs. Menschenrechte würden systematisch verletzt. Auch ein Neubeginn der Entwicklungszusammenarbeit mit Eritrea ist laut Gnesa derzeit nicht möglich. Dies erfordere Verhandlungen mit der Regierung – die bisher nicht durchgeführt werden konnten.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) hatte Eritrea 2006 verlassen – laut Gnesa «nicht ganz freiwillig». Deza-Mitarbeiter seien teilweise nicht mehr in die Regionen gelassen worden, in denen die Hilfe nötig gewesen wäre. Gnesa verteidigte den Status der vorläufigen Aufnahme, den viele Eritreer erhalten. «Es braucht einen Status für Menschen, die zwar nicht individuell verfolgt sind im Sinne des Asylgesetzes, aber nicht in ihrem Herkunftsstaat leben können, etwa weil dort Bürgerkrieg herrscht.» SDA

Nachtragskredit für das Asylwesen beantragt

Bundesrat will 188 Millionen Franken genehmigen

Bern. Der Bundesrat wird dem Parlament einen weiteren Nachtragskredit für das Asylwesen in der Höhe von 188 Millionen Franken beantragen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in der Schweiz mehr Asylgesuche gestellt werden. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) bestätigte gestern eine Meldung der *NZZ am Sonntag* über den weiteren Nachtragskredit.

Der finanzielle Bedarf des Asylwesens steigt mit den Asylgesuchen. Im ersten Halbjahr 2015 stellten 16 Prozent mehr Personen ein Asylgesuch als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Insgesamt erwartet das Staatssekretariat für Migration (SEM) für dieses Jahr rund 29 000 Asylgesuche, wie es Ende Juli bereits mitgeteilt hatte. Das laufende Budget für das Jahr 2015 war noch von 22 000 Asylgesuchen ausgegangen.

Hinzu komme, dass in den letzten Jahren mehr Bewerber Schutz erhielten als zuvor.

«Falsche Doktrin»

Gestern äusserte sich auch FDP-Präsident Philipp Müller in den Sonntagsmedien zur Schweizer Asylpolitik. Er fordert ein weitgehendes Umdenken und will 70 Prozent aller Asylverfahren sistieren. «Wir müssen die Asylpolitik grundsätzlich neu ausrichten», sagt er

im Interview mit der Zeitung *Schweiz am Sonntag*. Heute gehe man nach der Doktrin vor, dass Asylsuchende in der Tendenz bleiben können, und schnell den Status vorläufig aufgenommen oder gar anerkannter Flüchtlinge erhielten. «Diese Doktrin ist falsch», sagt Müller. Der klassische Flüchtlingsbegriff, wie er im Asylgesetz und in der Flüchtlingskonvention verankert sei, treffe «nur noch auf eine verschwindend kleine Zahl Asylsuchender» zu.

Müller fordert, dass Kriegsvertriebene weiterhin aufgenommen werden sollen, allerdings mit dem Ziel, sie später wieder zurückzuschicken, wenn es die Situation in ihrem Herkunftsland erlaubt. Gesuche aus wirtschaftlichen Gründen müssten mit Schnellverfahren und konsequenter Rückführung abgelehnt werden. Anwenden will Müller den Status des «vorübergehenden Schutzes» auf Asylsuchende aus Ländern wie etwa Eritrea, Syrien, dem Irak und Sri Lanka.

«Ende Juni hätte man 12 000 von total 17 000 Personen im Verfahrensprozess in den Status von Schutzbedürftigen versetzen können, vorläufig Aufgenommene nicht mitgerechnet», sagt er. «So könnte man 70 Prozent aller Asylverfahren sistieren, deren negative Ergebnisse ja ohnehin nicht vollzogen werden können.» SDA/baznet

Nachrichten

Persönlichkeit als Wahlfaktor

Bern. Klischeehafte Eigenschaften schreibt eine Studie von Politologen der Universität Bern den Wählern zu. Bekannt sei, dass sich das soziale Umfeld und kurzfristige Ereignisse auf das Wahlverhalten auswirken, sagte der Politologe Markus Freitag im Interview mit der *NZZ am Sonntag*. Es gäbe aber noch einen Faktor zu berücksichtigen: die Persönlichkeit. Diese sei zu etwa 50 Prozent vererbt. So wählten ängstliche Menschen eher die SP oder die CVP. CVP-Wähler seien zusätzlich harmoniebedürftig und SVP-Wähler zeichneten sich durch Gewissenhaftigkeit aus. SDA

Sicherheit in Europa soll gestärkt werden

Neuenburg. Die Aussenminister der vier deutschsprachigen Länder wollen bei der Sicherheit in Europa am selben Strick ziehen. Bei ihrem alljährlichen Treffen haben sie gestern in Neuenburg eine Erklärung verabschiedet, die unter anderem eine Stärkung der OSZE vorsieht. Zudem wollen sich Aussenminister Didier Burkhalter und seine Amtskollegen aus Deutschland, Österreich und Liechtenstein gemeinsam für eine Lösung der Ukraine-Krise einsetzen. Punkto Sicherheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit im OSZE-Raum werden die vier Länder auch künftig eng zusammenarbeiten. SDA

ANZEIGE

diga
möbel

Wer am verkaufschwächsten Tag zwischen **1. und 31. August 2015** einkauft, erhält die Möbel bis zu einem Betrag von Fr. 10'000.– gratis. Ohne «wenn» und «aber» – hinfahren und gratis einkaufen!

WOHNEN • SCHLAFEN • KÜCHEN • BÜRO

Gratismöbel Tag.

Nicht limitierte Gesamtsumme!

Schreinerqualität statt Massenware!
www.diga.ch

1023 Crissier/VD	8854 Galgenen/SZ
8953 Dietikon/ZH	4614 Hägendorf/SO
8600 Dübendorf/ZH	3421 Lyssach/BE
6032 Emmen/LU	4133 Pratteln/BL
1763 Granges-Paccot/FR	9532 Rickenbach b. Wil/TG

Verrechnung über Ihren Konzessionär

I d'iga muesch higa!